

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

64. Sitzung
19. Februar 2026

Beginn: 09.02 Uhr
Schluss: 11.53 Uhr
Vorsitz: June Tomiak (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Linda Vierecke (SPD) fragt für ihre Fraktion:

„Was unternimmt der Berliner Senat, um die geplanten Baumfällungen von bis zu 131 Bäumen in der Ollenhauerstraße in Berlin-Reinickendorf im Zusammenhang mit dem geplanten Bau eines Radwegs und der Erweiterung der Straße zu verhindern bzw. welche Verwaltungsebene (Senat oder Bezirk) ist für die Planung und Entscheidung hierüber zuständig?“

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erläutert, dass mit dieser Maßnahme sowohl das Klimaanpassungsgesetz als auch der neue Standard des Mobilitätsgesetzes erfüllt würden. Durch den Bau von Radwegen entfalle der mit Bäumen bepflanzte Mittelstreifen. Ersatzpflanzungen erfolgten zwischen den Parkständen mit ausreichend dimensionierten Baumscheiben, sodass die Gehwege beschattet würden. Die Maßnahme werde durch das BA Reinickendorf geplant, umgesetzt und finanziert.

Linda Vierecke (SPD) merkt an, dass Neupflanzungen noch nicht die Hitzeschutzwirkung entfalten könnten. – Sei seit Inkrafttreten des Klimaanpassungsgesetzes eine Umplanung versucht worden? Dies sei wünschenswert.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) weist hin, dass die Maßnahme aufgrund des Mobilitätsgesetzes notwendig sei.

Alexander Bertram (AfD) fragt für seine Fraktion:

„Welche Position wird der Senat bei der kommenden Umweltministerkonferenz zur Thematik der Wasserversorgung der Spree nach dem Ende der Braunkohleförderung vertreten?“

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) führt aus, dass Berlins Position sei, dass der Finanzierungsbedarf durch den Bund gedeckt werden müsse. Die Situation gehe auf den durch den Bund mitgetragenen Strukturwandel zurück. In verschiedenen Gesprächsformaten finde schon länger ein Austausch statt. Aufgrund der Brisanz brauche es eine kurzfristige Lösung. Das Land Brandenburg bitte, für weitere Gespräche die Neubildung der Regierung abzuwarten.

Alexander Bertram (AfD) fragt nach, ob es Alternativen zu den Überlegungen, die Spree über die Elbe mit Wasser zu versorgen, gebe. Sachsen und Sachsen-Anhalt lehnten dies ab.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) weist hin, dass auch Berlin Überleitungen aus der Elbe nicht bevorzuge. Daher gebe es Gespräche mit der Region und den Ländern auch mit Einbindung der Wissenschaft, um Lösungen zu finden.

Dr. Michael Efler (LINKE) fragt für seine Fraktion:

„Welchen Zeitplan gibt es für den Rückbau des Reaktors BER II und die Endlagerung der ca. 315 Tonnen hochradioaktiven Atommülls?“

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) stellt klar, dass die Berichterstattung des rbb hinsichtlich der 315 Tonnen hochradioaktiver Abfälle nicht korrekt seien. Trotz Hinweisen der SenMVKU sei noch keine Richtigstellung erfolgt. Tatsächlich seien es nur 100 Kilogramm. – Der Rückbau könne erst erfolgen, wenn dies durch die zuständige Behörde genehmigt worden sei. Zwischen der öffentlichen Auslegung der Unterlagen nach Atomrecht und der Genehmigung lägen in Deutschland mehrere Jahre. Die genaue Dauer könne nicht abgeschätzt werden. Der letztendliche Rückbau und der Zeitplan dafür obliege dann dem antragsstellenden Helmholtz-Institut für Materialien und Energie.

Dr. Michael Efler (LINKE) bittet um Informationen darüber, dass es im Rahmen des Beteiligungsverfahrens viele Einwände aus Nordrhein-Westfalen gegeben habe, vermutlich aufgrund Befürchtungen, dass der hochradioaktive Abfall ins Zwischenlager Ahaus komme.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erläutert, dass die Motivation der Einwände nicht bekannt sei. Es habe 155 Einwände aus sechs Bundesländern zu über 40 Themenbereichen gegeben. Die meisten stammten aus Nordrhein-Westfalen. Zwei Naturschutzvereine und zwei weitere Zivilorganisationen hätten Stellungnahmen eingereicht. Das Verfahren sehe nun eine Auswer-

tung vor, dann würden die Einwände an die Antragsstellerin weitergeleitet. Der nächste Schritt sei dann eine Erörterung der Einwände mit der Antragstellerin und den Einwendern. Die SenMVKU als zuständige Behörde erstelle dann eine zusammenfassende Darstellung und Bewertung der Umweltauswirkungen des Vorhabens. Die Zulässigkeit werde dann im Rahmen der Genehmigungserteilung entschieden.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) fragt für seine Fraktion:

„An welchen Krisengesprächen zur aktuellen Situation von Wasservögeln, insbesondere im Zusammenhang mit zugefrorenen Gewässern und Fällen der Aviären Influenza, war der Senat beteiligt bzw. welche hat er initiiert, und mit welchen Ergebnissen oder abgestimmten Maßnahmen soll künftig das Auftreten vergleichbarer Situationen und das Leiden der Tiere vermieden werden?“

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erläutert aus, dass seit Oktober 2025 die Krankheit in Berlin feststellbar sei. Der strenge Winter habe die Situation verschärft, da sich Wasservögel auf wenige eisfreie Flächen konzentriert hätten. – Nach den Funden der toten Schwäne habe die SenMVKU die Initiative ergriffen und am 05.02.2026 ein Krisentreffen einberufen. Die Situation der Schwäne am Landwehrkanal sei Kern des Treffens gewesen. Die für Tierseuchen zuständige SenJustV habe am 06.02.2026 die Öffentlichkeit informiert. Das IZW und die FU Vogelklinik würden nun in die wöchentlichen Untersuchungsergebnisse eingebunden. Das IZW biete Unterstützung bei der Bergung und Versorgung erkrankter Schwäne an, soweit die Beauftragung durch die zuständige Behörde möglich sei. – Die Bevölkerung werde aufgerufen, bei Funden von toten oder kranken Wasser-, Greif- oder Rabenvögeln das zuständige Veterinäramt zu informieren und eine Berührung zu unterlassen.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) fragt nach, ob ein Einsatz von Stadtjägern geplant gewesen sei und wie dies hätte durchgeführt werden sollen.

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) antwortet, dass dies der SenMVKU nicht bekannt sei. Die SenJustV sei zuständig.

Danny Freymark (CDU) fragt spontan, wie die SenMVKU bewerte, dass manche Bezirke negierten, dass die erhöhten Bußgelder Auswirkungen hätten.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass die Einschätzung mancher Bezirke, dass der neue Bußgeldkatalog aufgrund fehlender personeller Ressourcen nicht umgesetzt werden könne, nicht nachvollziehbar sei. Seit 01.01.2026 sei neu geregelt, dass Einnahmen der entsprechenden Ordnungswidrigkeitsverfahren bei den Bezirken verblieben. Dies solle den Bezirken die finanziellen Möglichkeiten geben, neue Stellen zu schaffen, um Ordnungswidrigkeiten besser verfolgen zu können.

Danny Freymark (CDU) fragt nach, wie erreicht werden könne, dass alle Bezirke den Bußgeldkatalog engagiert umsetzen, um mehr Sauberkeit in der Stadt zu erreichen.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) unterstreicht, dass alle Fraktionen die Bezirke ansprechen und auffordern sollten, die Vorteile und Möglichkeiten des Bußgeldkatalogs zu nutzen.

Der **Ausschuss** schließt die Aktuelle Viertelstunde ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) berichtet, dass gemeinsam mit Transport for London einen europäischen Förderantrag bei der EIT Mobility der EU zur Erprobung von Systemen zur Absaugung von Bremsabrieb an schweren Nutzfahrzeugen eingereicht worden sei. Das sei ein wichtiges Projekt, weil gesundheitsschädliche Feinstaubbelastung zunehmend auf Bremsabrieb und Aufwirbelprozesse des Verkehrs zurückgehe. Berlin werde drei Müllsammelfahrzeuge nachrüsten und das Projekt wissenschaftlich begleiten, um Entscheidungsgrundlagen für einen Rollout auch für andere Kommunen zu erarbeiten. Die Technik verbleibe auch nach Projektende in den Fahrzeugen. Berlin sei erneut Vorreiter und leiste einen wichtigen Beitrag, die ab 2030 geltenden EU-Luftgrenzwerte zu erreichen.

Außerdem habe ein Austausch der Verwaltungen der EU und anderen EU-Ländern zu invasiven Tier- und Pflanzenarten stattgefunden. Diese Arten seien eine zunehmende wirtschaftliche und ökologische Herausforderung durch das Einschleppen von Krankheiten und Gefährdung heimischer Ökosysteme. Die Ausbreitung könne nur durch internationale Zusammenarbeit und eine frühzeitige Einbindung und Informierung der Öffentlichkeit eingedämmt werden. Die SenMVKU plane daher die Durchführung eines internationalen Workshops am 13. und 14.04.2026, um Bausteine einer Kommunikationsstrategie zu entwickeln, wie die Öffentlichkeit für gebietsfremde Arten sensibilisiert in die Früherkennung eingebunden werden könne. Best Practices aus Mitgliedsstaaten sollten zusammengetragen und deren Eignung bewertet werden. Dies geschehe in Zusammenarbeit mit europäischen Netzwerk IMPEL.

Linda Vierecke (SPD) bittet um Auskunft, wie viel Mittel für das Projekt hätten eingeworben werden können und welche Mittel aus dem Haushalt bereitgestellt würden. Wie werde die Feinstaubbelastung in Berlin bewertet? Die neuen Grenzwerte ab 2030 würden derzeit noch überschritten. Welche weiteren Maßnahmen seien geplant, um das Ziel zu erreichen? – Welche invasiven Arten seien für Berlin die größte Bedrohung und aus welchen Gründen?

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) fragt nach, welchen Entwicklungs- und Erprobungsstand die Technologie habe. Der Austausch mit London sei erfreulich, da London mit der Citymaut durchaus Vorbild sei. – Habe die SenMVKU Informationen darüber, wie viel Mikroplastik durch Reifenabrieb in Berlin entstehe? – Greife die SenMVKU die Diskussion, ob der Waschbär nicht bereits als heimisch angesehen werden müsse, auf und prüfe, ob die Liste der invasiven Arten dahingehend aktualisiert werde?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erläutert, dass die EU-Förderung 65 Prozent der Kosten betrage. Die Kofinanzierung erfolge überwiegend durch Sach- und Personalleistungen der Projektpartner. Die Kosten entstünden durch den EIT-Mitgliedsbeitrag in Höhe von 10 000 Euro sowie für Erwerb von Nachrüstungssystemen von mindestens einmalig 10 000 Euro. – Die Einhaltung der verschärften Grenzwerte sei gerade in urbanen Räumen schwierig. Daher sei das Projekt richtig, um den Abrieb von Fahrzeugen zu berücksichtigen. – Die invasiven Arten, die für Berlin relevant seien, seien der Rote Amerikanische Sumpfkrebs, da er die Am-

phibienbestände gefährde, sowie der Waschbär. Beide Arten hätten keine natürlichen Fressfeinde und gefährdeten das Gleichgewicht.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|---|
| a) | Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/2473
Gesetz zur Sicherung der Kleingartenflächen Berlin | 0253
UK(f)
StadtWohn* |
| b) | Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2822
Gesetz zum Erhalt von Kleingartenanlagen auf
landeseigenen Flächen in Berlin
(Kleingartenflächensicherungsgesetz – KgFSG) | 0277
UK(f)
StadtWohn* |

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- | | | |
|----|--|----------------------------|
| a) | Vorlage – zur Kenntnisnahme –
Drucksache 19/2753
Klimagerechtes Haushalten – Bericht zum
Doppelhaushalt 2026/2027 (Hauptverwaltung)
(auf Antrag der Fraktion Die Linke) | 0272
UK |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Investitionen in Umwelt- und Klimaschutz – Ziele
und Vorhaben des Senats
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD) | 0279
UK |

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

- | | |
|---|----------------------------|
| Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2862
Bäume erhalten – Baumfällungen überprüfen | 0282
UK |
|---|----------------------------|

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.